

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
postfreiiger Bestellung 2,75 M., durch
die Post 3 M., vierteljährlich 7 M.,
einmonatlich 1 M., auswärts Beleggeld.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen.
Nr. 6008 des amtl. Zeit.-Verz.
Für die Redaktion verantwortlich
Dr. Ernst Schulte in Halle.
(Fernsprechverbindung Nr. 176.)

Saale-Beitung.

Zweihundertzweiter Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenreihe über dem
Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit
15 Pfg. berechnet und in der Expedition,
von allen Annoncenstellen und allen
Anzeigen-Expeditionen angenommen.
Kleinanzeigen die Seite 60 Pfg.
Erhalten wöchentlich fünfmal;
Sonntags und Montags einmal,
sonst je nach täglich.
(Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.)

Nr. 97. Halle a. d. Saale, Sonntag den 26. Februar 1899.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 25. Febr. Auf das schon mitgetheilte Glückwunsch-Telegramm des Kaisers antwortete die Direction der Bombardement-Amerikanischen Bäckerei-Gesellschaft mit einem Danktelegramm, in dem es heißt: „Dem Glück, das der Gesellschaft durch die Rettung der 'Bulgaria' zu theil geworden ist, löme eine höhere Freude beizulegen werden als durch die Verheerung feindlicher Götter.“

Ein Zwischenfall vor Manila.
Nach einem newporter Telegramm der Londoner „Morning Leader“ empfangt die Regierung in Washington eine schriftliche Depesche des Admirals Dewey, wonach der deutsche Admiral Dieberichs Schritte gethan hätte, um eine Abtheilung Seefeldaten in Manila zu landen, unter dem Vorwande, seine Landente zu schützen. Admiral Dewey drohte, wenn Dieberichs dies thue, die deutsche Flotte in den Grund zu bohren.

Andere Meldungen, die mit diesen von deutschen Blättern bisher noch nicht näher verzeichneten Zwischenfall zweifellos in Zusammenhang stehen, bezeugen noch, daß eine in Washington eingetroffene Depesche Dewey's verlangt, das Schicksal des „Oregon“ möge aus politischen Gründen unverzüglich nach Manila gefandt werden. Die amerikanische Regierung werde zwar dem Gesuche Folge leisten, da man annehme, daß Dewey es für möglich erachte, daß irgend eine europäische Macht geneigt sein dürfte, die gegenwärtigen anarchischen Zustände in Manila zum Vorwande einer Einmischung und der Landung von Truppen zu machen. Eine washingtoner Depesche der „Times“ besagt ferner, niemand habe das Vorgehen des Admirals Dieberichs verstanden. Die Deutschen meinten, daß deutsche Kriegsschiffe nicht sein würden, um Unruhen in Manila zu verhindern und die Besetzung deutschen Eigenthums zu verhindern. Der Ringer „Oregon“ werde am 10. März in Manila erwartet.

Man wird sich thun, einmündigen Mittheilungen hierzu abzuwarten, jedenfalls wird man deutschereischt auch bei dieser Gelegenheit fallen wird bewahren, falls die Angelegenheit sich so verhalten sollte, wie es nach der obigen Darstellung das möglichste Wahrscheinliche ist. Von amerikanischer Seite ist in letzter Zeit so die wider Deutschland getrieben und gehetzt worden, — trotz der beruhigenden Versicherungen des deutschen Staatssekretärs v. Bismarck — daß man den Gedanken, auch hier einer neuen Intrigue gegenüber zu stehen, nicht futz von der Hand weisen darf. Ein offizielles Telegramm aus Washington besagt:

Die Witte Dewey's um Entsendung des „Oregon“ hat in amtlichen Kreisen überwiegt. Hier herrscht die Meinung, ob

Dewey nicht nach Mitteln sucht, um einer möglicherweise bevorstehenden Intervention der europäischen Mächte auf den Philippinen zuvorzukommen. Man glaubt, daß bei den letzten Wänden viel fremdes Eigentum zerstört und daß einige Kommandanten der in den dortigen Gewässern stationierten fremden Kriegsschiffe erklären könnten, daß die Interessen ihrer Landbesitzer durch den General O'Day nicht in ihrer Wache 2500 Mann Verstärkung erhalten.

Parlamentarisches.

**** Berlin, 25. Febr.** Im Reichstage sprach heute vor Eintritt in die Tagesordnung Staatssekretär Tzipig im Antrage des Kaisers die Freude Sr. Maj. über die Rettung des Dampfers „Bulgaria“ aus. Das brave Volkgenossen des Kapitäns und der Mannschaft erfüllte jedes deutsche Herz mit stolzer Freude und gebe Zeugnis von der Tüchtigkeit der deutschen Handelsflotte. (Bravo!) Abg. v. Ledebow schließt sich dem mit herzlichen Worten an und der Präsident Graf Wallesirem konstatirt, daß Abg. v. Ledebow im Sinne des ganzen Hauses gesprochen habe. (Beifall.) Das Haus tritt nunmehr in die Tagesordnung ein bei dem Etat „Reichseisenbahnen.“ Gegenüber dem Abg. Riff (frei. Vg.), der die Personentaxe der eisenbahntrahenden Bahnen bespricht, bemerkt Staatsminister Tzipig, wichtiger als die Verbilligung der Personentaxe, worüber die Anstifter verschiedene Meinungen, sei eine Verbilligung derselben. Weiter spricht sich die Kommission gegen die Einführung der Kilometerbeste aus. Der eisenbahng. Abg. Delfor (fortschritt.) giebt vollständig zu, daß ein Vergleich der jetzigen eisenbahntrahenden Bahnverwaltung mit der vor 1871 in Gunsten der jetzigen Verwaltung ansetze, er wünscht aber eine Verbilligung der Verwaltung von Berlin, um der fiktionalen Steuermittel überwiegen, nach Straßburg. Weiter bringt noch verschiedene Wünsche im Interesse der Beamten vor und spricht sich gegen die Personentaxe aus. Demgegenüber verweist der Minister Tzipig auf die Aufbesserung der Beamtengehälter; an die Bahnsteigertaxe werde man sich wie in Preußen und Bayern bald gewöhnen; eine finanzielle Minderleistung sei dieselbe nicht, sie verhindere wirksam ein Vermehrung der Schaffner. Dann bringt der eisenbahng. Abg. Welter ebenfalls verschiedene Beschwerden vor, denen gegenüber der Oberregierungsrath Waderapp antworten bespricht, daß die Reichseisenbahnenverwaltung allgemeine Interessen hinter solche vornehmer Kreise zurückstelle. Abg. Gamp spricht sich dann noch dagegen aus, daß die eisenbahntrahenden Abgeordneten in ihre eigenen Angelegenheiten im Reichstage in Ordnung bringen. Man habe in allgemeinen in den Reichstagen keinen Grund zu Unzufriedenheit mit der Eisenbahnverwaltung. Der eisenbahng. Abg. Wax an de Schwind verliest nun eine Rede, in der er insbesondere klagen über die reichsständischen Kolonialreise vorbringt. Der Minister Tzipig befreit demgegenüber, daß eisenbahntrahenden durch die Kolonialreise nicht geschädigt sei. Abg. Graf Rantzsch bezieht es als ungeduldig, daß die reichsständischen Kolonial in den Reichstagen einen Ausnahmestellung genießen, es wäre an der Zeit, unter gesammtes Gütertariffsystem umzugreifen. Abg.

Durch bekräftigt die Personentaxe und bringt Wünsche bezüglich neuer Bahnhöfen in Oberbayern vor.

Das Abgeordnetenhaus bezieht heute den Etat des Finanzministeriums bei den Ausgaben für die Kaiser Wilhelm-Bibliothek und das Provinzialmuseum in Posen weiter. Abg. Zehnhoff (Chr.) ist mit der Bewilligung der Mittel für ein Provinzialmuseum einverstanden, widerspricht aber der Aufstellung, daß für Posen, das ohnehin mit Bibliotheken überladen sei, eine neue Bibliothek von 100.000 Bänden geschaffen werden müsse, und bittet um getrennte Abstimmung über beide Punkte. Ministerdirektor Althoff spricht gegen Zehnhoff's Bedenken und betont besonders, daß es sich um Schaffung einer modernen Volksbibliothek nach amerikanischem Muster handle. Die folgenden Redner treten, mit Ausnahme der Polen, für die Fortsetzung ein. Abg. Meubauer (Volk.) spricht dagegen, weil die politische Begründung durch Althoff dies unmöglich mache. Der Etat wird dann angenommen, ebenso der Rest des Etats des Finanzministeriums. — Es folgt der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. Auf Antrag des Abg. v. Christen legt der Minister Graf Fiedel die Grundgedanken dar, nach denen Kosten aus fiktionalen Betrieben abgezogen werden. Abg. Lieber bittet, den Erlösfallströmen in Hannover und Hildesheim, die das Trübsal verurteilten, die Kassen zu entziehen und die Wäasser in Hildesheim zu leiten. Der Minister entgegnet, daß nach Ablehnung der Kassenverträge die Regierung zu einem solchen Verbot gesetzlich nicht berechtigt sei. Die Entnahmen werden nach kurzer Debatte bewilligt. Bei den „sonstigen Ausgaben“ bezieht die Abg. Dab (natl.) und Graf Fiedel (Chr.) die Verhältnisse der Bergbeamten eingehend, deren Gehälter unzureichend seien, auch wird eine Verbesserung der Mitarbeiter für nötig bezeichnet. Die folgende Debatte dreht sich zunächst besonders um die Frage, ob die beabsichtigte Erhöhung der Gratifikationen künftig wieder wegzufallen solle. Das Haus beschließt in Uebereinstimmung mit der Kommission, die gegenwärtigen Stellengehälter dieselben weiter bestehen zu lassen. Im weiteren Verlaufe der Debatte tritt Abg. Buchs (Chr.) für das Koalitionsrecht der Arbeiter ein, durch das beispielsweise in England der Sozialdemokratie am besten begegnet werde. Auch die christlichen Gewerkschaften seien ein glänzendes Beispiel für das Abfallen der Sozialdemokratie. Der Staat müsse die Arbeitsbedingungen verbessern, die Arbeiter erziehen, einen Fortschrittsbewußtsein beschaffen, um die Arbeiter nicht schon vor der Zeit unwillig zu machen. Nach weiterer Debatte wird die Weiterberatung auf Montag vertagt.

* Für die Landtagsverfassung im Wahlkreise Wehenfels-Quamburg-Teich ist der 18. März als Termin festgesetzt worden.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Ermäßigung der Zölle, die Italien infolge der handelspolitischen Verständigung mit Frankreich für eine große Reihe von Erzeugnissen französischen Ursprungs bewilligt hat und die wegen des

Leberecht Ullrich.

Ein Gebetsblatt zum 100. Geburtstag (27. Februar 1899).

Mit Ausnahme einer kurzen Unterbrechung unter Wöllner's Ministerium unter Friedrich Wilhelm II. hatte in Preußen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts der Rationalismus geherrscht. Rationalistisch war beehrt, fundirt und gemindert worden, rationalistisch hyperintendirt, regementirt und parodirt, rationalistisch überhaupt geschrieben, gepredigt und gehalten worden. Das war natürlich. Auf den dem Dogmatismus der nachlutherischen Periode mußte eine Reaktion kommen. Als solche ist freischwebend der Rationalismus zu verstehen und schließlich trotz seiner Auswüchse zu verstehen. Im Grunde genommen war er eine populäre Aufklärungstheorie. Das Hauptverdienst einer streng durchgeführten Bewegung, Empirismus und Begeisterungsfähigkeit, ging ihm vollständig ab. Daher verflüchtete die rationalistische Schule nach dem Abscheiden ihrer gelehrten Vertreter, die die heftigste der mitteleuropäischen Universitäten, Halle, Leipzig, Jena und Helmstedt innegehabt hatte. Es war nichts anderes denn ein lautes Aufklaren einer verflochtenen Rede, wenn sich im Jahre 1841 zu Quaburg eine Anzahl von Geistlichen zusammenfanden, um sich Weisheiten an dem Vorgehen des Kirchenrathes in Magdeburg. Die von da an alljährlich zusammen tretenden Männer nannten sich „protestantischer Freunde“ — „Lichtfreunde“ hießte das Volk.

Die Anregung zu dem oppositionellen Schritte ging aus von Leberecht Ullrich, Pastor zu Pömmelte bei Barb. Bis 1827 war geborener Mann Prediger im Anhaltischen Lande gewesen, war aber nach der Konversion des Coburger Fürsten in preussische Dienste übergegangen, weil er sich durch eine populäre Lebensbeschreibung des Fürsten Wolfgang des Bekenners, des Freundes Luther's, die Abgabe seines zum Rationalismus übergetretenen Landesvertrug zugesagt hatte.

Zu eben der Zeit, wo die Veranlassungen der „protestantischen Freunde“ verbreitet wurden, Sommer 1845, wurde Ullrich zum Mitglied der Katholikentag in Magdeburg gewählt. Das Katholikentag konnte aber wollte sich der Volation nicht widersetzen, brüchig aber auf Befehl des Ministers Ullrich stand die Einwirkung in dem vorgedachten geistliche Amt neuerdings eingetragene Verpflichtung eine vorgängige Eröffnung und

Vorbereitung“ angegeben zu lassen. Am Schluß des darüber aufgenommenen Protokolls erklärte Ullrich — in einem etwas besseren Deutsch, als die citirte Vorladung abgefaßt ist — „es sei sein erster Vorbehalt, bei allen Aufgaben seiner geistlichen Amtverwaltung sich von der gewissenhaftesten Prüfung leiten zu lassen und sich vor jeder Neigung zu bewahren, die von dem Wege der Pflicht abzuführen könnte.“

Es ist eine eigenartige Methode, einen beargwöhnten Geistlichen dergleichen dehnbare Verpflichtungen unterschreiben zu lassen. Jedenfalls trafen Ullrich bald allerlei Verwarungen wegen seiner Predigten, Schriften und auswärts gehaltenen Reden. Bald bedrängte man überhaupt die Reisefreiheit des als populärer Redner überall geschätzten Mannes. 1847 begann man mit härteren Maßregeln.

Ullrich hatte seit dem Herbst 1846 für die Männer der Katholikengemeinde Abendveranstaltungen eingerichtet, bei denen er in Anblich an das erste Evangelium, natürlich nach rationalistischer Weise, das Leben Jesu vortrug. Die Veranstaltungen fanden ungeheuren Anklang, und zwar bei Mitgliedern aller magdeburger Gemeinden. Die Regierung erklärte sie strafs für Volksversammlungen, also für ungesetzlich, und verbündete sie durch Polizeigewalt. Das Konfessionslosgesetz für Versammlungen „protestantischer Freunde“, also für ungesetzlich, an. Es erhobte Ullrich, einige seiner Vorträge über das Matthäus-Evangelium schriftlich einzureichen und sich über sein Verhalten zu den Vorrichtern der Aemter auszulassen.

Die ex improviso gegebene Weisung über das Leben Jesu mochte und vermochte Ullrich nicht schriftlich zu fixieren. Was die Frage der Aemter anging, so gab er zu, sich wenig um sie gekümmert zu haben. Die Weisung bestand auf ihrem Verlangen noch möglichst genauen ausführlichen Berichten. Sie forderte außerdem noch das Konzert seiner vor der Katholikengemeinde gehaltenen Aemterpredigt, in der Ullrich nach Art des Rationalismus die Aufrechterhaltung mit der Annahme des Scheitler'schen Jesu erklärte hatte.

Da wandte sich der bedrängte Ullrich unter dem 16. April mit einer Inmediatverpflichtung an den König und bat um „Schonung und Geduld.“ Um diese eigenmächtigen Bitte zu verhehlen, muß man sich vergegenwärtigen, daß der König religiös und kirchenpolitisch sehr uninteressirt war, daß er selber am 20. März 1847 das sogenannte Religionspatent erlassen hatte, das dem ewigen Ausdehnen aus der Landesbeschränkung, in der es überall gab, eine Ordnung gab und die rechtlichen Verhältnisse der Angehörigen regulirte. Friedrich Wilhelm IV. überließ die Angelegenheit durch Cabinetsordre seinem Kultusminister Eichhorn, wodurch der Fall des magdeburger Predigers einen amtlichen Charakter annahm.

Der unbefangene Beurtheiler der nun folgenden Verhandlungen, von denen ein amtlicher Abdruck existirt, kann dem Konfessionslosgesetz die Anerkennung nicht verweigern, daß es durchaus vernünftig und tieferliegend vorgeht. Vor allen der Generalinspektendent Wöllner, der stets einen offenen Blick in das Herz und das Leben des in Untersuchung Gelegenen gefaßt hatte, wie dieser selbst schreibt, suchte alle Kranken fernzuhalten, wenn er auch sehr auf seiner orthodoxen Aufassung bestand.

Allen der Miß war nicht auszuweichen. Trogtrem zahlreiche Glieder der Katholikengemeinde beim Konfessionslosgesetz ihrer Abreise eintraten, sprach dieses im September 1847 Ullrich's vorläufige Antbentseignung aus. Der Betroffene war in jenen Tagen auf einer Verammlung des Gustav Adolf-Vereins in Darmstadt abwesend. Bei seiner Rückkehr wurden ihm von den Magdeburgern so begeisterte Ovationen gebracht, daß ein hochgelehrter Geistlicher klugte: „Magdeburg ist ganz in Ullrich's Händen.“

Während das anfänglich geschulte Disziplinerverfahren noch schwebte, kamen am 29. November 1847 einhundertzwölf Männer zusammen und erklärten vor zwei Notaren, gemäß dem erwünschten Geiste betreffs neuer Religionsgesellschaften, ihren Austritt aus der Landesbeschränkung. Ullrich hatte, ehe die Schritte abgeraten. Trogtrem kam die Zahl der Austrittenden in wenigen Wochen auf tausend. Die neue Gemeinschaft, die sich anfänglich „Christliche Gemeinde“ nannte, konstituirte sich bald und trug einmüthig Ullrich die Stelle ihres Predigers an. Er ergoß eine Zeit lang, dann bewirkte auch er seinen Austritt aus der Landesbeschränkung und nahm die Wahl an. Im Januar 1848 erfolgte die Befähigung der Gemeinde als geordnete Religionsgesellschaft. Die rationalisirende Gemeinde Magdeburg gestattete der neuen Gründung die Mitbenutzung ihres Gotteshauses, wo sie vom 12. März 1848 an ihre eigenen, niederen Gottesdienste abhielt.

In der Ungebeuerlichkeit der nachfolgenden Märzlage waren viele Ereignisse möglich, die heute unbedenklich wären: Am 26. März predigte vormittags der ausgetretene Geistliche Ullrich von seiner alten Kanzel in St. Katharinen, und nachmittags half der Prediger Sacke von der Katholikentaglichen den Freigekommenen bei der Ausheilung ihres Abendmahls. Diese erste Zeit war die Blüthezeit der freien Gemeinde. Sie hat nie wieder so viel Begeisterung in sich getragen und so viel Sympathie von draußen sich erworben. So wurde Ullrich von seiner Stadt in die berliner Nationalversammlung gewählt, und die Stadt Magdeburg verließ ihm für Euren

